

Freundeskreis

Palast der Republik

**Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium
von Verbänden e.V.**

Forderungen des Freundeskreises im Ergebnis der Ausstellung „Der Palast lebt – trotz alledem“ (14. April -15. 5. 2009) in der Ladengalerie der „Jungen Welt“ in Berlin.

Während der gut besuchten Ausstellung gab es ein insgesamt positives Echo, insbesondere viele konstruktive Gespräche, kreative Anregungen, Fragen, Forderungen und Hinweise.

Der Freundeskreis sieht sich in der Pflicht, darauf zu reagieren.

Als ersten Schritt hat der Freundeskreis u. a. die nachfolgenden Forderungen und Fragen an die politisch Verantwortlichen formuliert, die diesen in geeigneter Form und zum geeigneten Zeitpunkt übergeben werden. Diese Forderungen werden ergänzt, wenn neue Erkenntnisse vorliegen.

Sie bringen den Willen vieler Besucher zum Ausdruck, die den Abriss des Palastes der Republik auch künftig nicht ohne Protest hinnehmen werden, weil dieser politische Willkürakt nicht nur die Art und Weise einer verfehlten und verlogenen Politik der so genannten Wiedervereinigung charakterisiert, sondern sie auch am prominenten Beispiel symbolisiert.

Sie haben folgenden Wortlaut:

- Alle Unterlagen und Hintergrundinformationen des Asbestgutachtens, welches die Schließung des Palastes begründeten, insbesondere die bisher unter Verschluss gehaltenen Protokolle der Asbestmessungen des so genannten Asbestgutachtens und die Messergebnisse während der Öffnung des PdR (1976 -1990) sind der Öffentlichkeit und insbesondere dem Freundeskreis kostenlos und vollständig zur Verfügung zu stellen.
- Vom damaligen Ministerpräsidenten der DDR (de Maiziere) und den unmittelbar Verantwortlichen des Bundeskanzleramtes werden konkrete und verbindliche Erklärungen über die näheren, bis heute nicht vollständig nachvollziehbaren Umstände der Palastschließung gefordert. Der Freundeskreis fordert eindeutige und öffentliche Erklärungen von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag warum mehr als 100.000 Pro Palast-Unterschriften, zahlreiche Einzel- und Massenpetitionen und die Empfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages sowie entsprechende Ergebnisse eindeutiger Meinungsumfragen nach Erhalt des PdR durch die Bundesregierung und den Regierenden Bürgermeister von Berlin jahrelang missachtet wurden.
- Der Freundeskreis fordert den Bundesbauminister auf, alle Arbeitsunterlagen, den Schlossplatz betreffend, der Öffentlichkeit und dem Freundeskreis zur Verfügung zu stellen.

- Der Freundeskreis fordert den Deutschen Bundestag auf, alle Beschlüsse zum Thema Schlossplatz der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und in schriftlicher Form dem Freundeskreis zu übergeben.
- Der Freundeskreis fordert den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, alle Protokolle bzw. Beratungsergebnisse der an den Beschlüssen mitwirkenden Bundestagsausschüssen offen zulegen und dem Freundeskreis zu übergeben.
- Der Freundeskreis fordert den deutschen Bundestag auf, die Rolle des damaligen Bundestagspräsidenten, Herrn Dr. h. c. W. Thierse und sein Wirken für ein so genanntes Berliner Schloss dahingehend zu überprüfen, ob er, in Kenntnis der unübersehbaren massenhaften Proteste gegen den Palastabbriss in seiner amtlichen Funktion nicht Amtmissbrauch betrieben und die Neutralität seines Amtes verletzt hat. In diesem Zusammenhang ist seine evtl. Mitgliedschaft, sein Auftreten und Wirken im so genannten Förderverein Berliner Schloss ebenso eindeutig zu klären wie die Art und Weise seiner Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Vorsitzenden und heutigen hauptamtlich tätigen Geschäftsführer des Fördervereins Berliner Schloss, W. von Boddin.
- Der Freundeskreis fordert den Bundesbauminister auf, die sachlichen Gründe offen zu legen und öffentlich zu erklären, warum er nicht bereit war und ist, sachliche und konstruktive Gespräche mit Bürgern zu führen, die gegen den Palastabbriss protestiert haben und solche Gespräche anboten, auch im Rahmen der 15. Wanderausstellung des Freundeskreises im April/Mai 2009 in Berlin. Er verlangt konkrete Auskunft über die Art und Weise der Zusammenarbeit mit Förderverein Berliner Schloss.
- Der Freundeskreis fordert die Errichtung und Unterhaltung einer ständigen Ausstellung „Palast der Republik“ im so genannten Humboldtforum auf Kosten der Bundesrepublik Deutschland unter aktiver Einbeziehung des Freundeskreises Palast der Republik. Zentraler Bestandteil dieser Ausstellung sollte ein Modell des Palastes der DDR im Maßstab 1:75. sein. Der Freundeskreis erklärt seine Mitwirkung an diesem Projekt u. a. durch zur Verfügung Stellung von Rechercheergebnissen und Teile der Ausstellung „Der Palast lebt –Trotz alledem“
- Der Freundeskreis fordert den Senator für Inneres und Sport des Berliner Senats auf, Anlass, Ermittlungsauftrag und Ermittlungsergebnis in Sachen Förderverein Berliner Schloss der Öffentlichkeit bis 2. Juli 2009 zu übergeben sowie eine Erklärung, warum er auf mehrfache diesbezügliche Anfragen des Freundeskreises bisher nicht reagierte. Der Freundeskreis fordert den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin auf, die Gründe offen zu legen, warum er sich seit 2008 weigert, die ihm bekannten Erkenntnisse des Senators für Inneres und Sport in dieser Angelegenheit an den Freundeskreis zu übergeben.
- Der Freundeskreis fordert von der Bundesregierung und vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags eine exakte, detaillierte und verbindliche Übersicht über die Gesamtkosten, die der Schließung des Palastes einschließlich des Palastabbrisses für die Steuerzahler entstanden sind.
- Der Freundeskreis fordert von der Bundesregierung und vom Deutschen Bundestag eine verbindliche Erklärung, dass die beschlossenen Kosten für den Bau des Humboldtforums in Höhe von 552 Mio. € eingehalten werden und verlangt für den Fall der Verletzung dieses Limits die Festlegung konkreter Sanktionen gegen die Verantwortlichen wegen leichtsinnigen Umgang mit Steuergeldern der Bevölkerung.
- Der Freundeskreis fordert von allen Bundestagsfraktionen eine Stellungnahme und entsprechende Schlussfolgerungen zu den Forderungen und Fragen, die der Freundeskreis formuliert und darüber hinaus die Arbeitsgruppe Schlossplatz im Internet unter www.ag-schloßplatz.de veröffentlicht hat. Der Freundeskreis vertritt die

Auffassung, dass diese berechtigten Forderungen nur durch einen
Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages gelöst werden können.

R. Denner,
Sprecher des Freundeskreises
Arbeitsstand 28. 5. 09